

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 zL mit Zustellgeld 3,80 zL. Bei Postbezug monatl. 3,89 zL, vierteljährlich 11,66 zL. Unter Streifenband monatl. 7,50 zL, Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr, Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Kellameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorrat u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbildung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postfachnummern:** Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 70

Bydgoszcz/Bromberg, Sonnabend, 26. März 1938

62. Jahrg.

Kann die Sowjetunion für die europäische Politik abgeschrieben werden?

„Polen hat die Kraftprobe gegen den Kreml bestanden!“

In einer seiner letzten Ausgaben (Nr. 80 vom 22. d. M.), die auf unseren Redaktionstisch gekommen sind, verbreitet sich das „Journal de Genève“ an leitender Stelle über Verlauf und Hintergrund der jüngsten polnisch-litauischen Auseinandersetzungen, die vor einer Woche mit der Annahme des polnischen Ultimatums durch die litauische Regierung zu einem für unser Land und den europäischen Frieden erfreulichen Abschluß gekommen sind. Das Hauptorgan der Völkerbundstadt bezeichnet diese vorerst beseitigte Spannung als einen Familienstreit. „Zwei Brüder: der eine groß, stark und lebenskräftig, der andere ein Schwächling, Träumer, den Dingen der Vergangenheit zugewandt, haben sich bei ihrer Familienerbschaft auseinandergesetzt, und der Stärkere hat dabei ein Schmuckstück (bijou) von hohem Wert erhalten: Wilna.“ Seither, d. h. seit dem Jahr 1920, habe sich der kleinere Bruder gekränkt gefühlt und sich deshalb hartnäckig geweigert, mit seinem Bruder aus Polen weiter zu verkehren. Dieser habe nun vor einigen Tagen dem Familienstreit ein Ende bereiten wollen und seinem Bruder folgendes vorgestellt: „Von der Zeit, in der Du Dich in den Schmollwinkel begeben hast, habe ich jetzt genug. Du wirst mich jetzt unverzüglich unarmen oder ich werde Dich so zurechtweisen, daß Du daran denken wirst!“ Und von Kowno sei die Antwort gekommen: „Du bist ein böser Mensch, ich habe Dich nicht gern, aber — trotz allem — ich ziehe es vor, Dich zu unarmen.“

So unfreundlich hat die litauische Regierung freilich nicht geantwortet; denn diese Antwort war ihr in nüchtern sachlicher Fassung vorgeschrieben. Aber trotzdem ist diese Plauderei eines offiziellen Organs der Liga bezeichnend für die Auffassung, die man am Genfer See von der Entwicklung der Ereignisse in der Nordostecke Mitteleuropas hat.

„Am interessantesten aber ist es“, so fährt das „Journal de Genève“ fort, „die Haltung zu beobachten, die der Erzieher (précepteur) des litauischen Bruders während dieses Familienstreits eingenommen hat.“ Unter diesem Hofmeister sei die Sowjetunion zu verstehen, die noch immer nicht vergessen habe, daß zum alten Zarenreich ebenso Kowno und Wilna wie auch Warschau gehört haben. Der verlorene Krieg von 1920 habe dem Kreml den Mut genommen, gegen Polen anzukämpfen; aber das Baltikum habe ihn immer angezogen. So sei vor allem Litauen eine sowjetrussische Einflusssphäre geworden, und so habe man auch Kowno ermutigt, keine Beziehungen mit Polen aufzunehmen. Vielleicht würde sich — so dachte Moskau — eines Tages die Gelegenheit bieten, in Litauen gegen einen polnischen Angriff zu intervenieren und auf diesem Weg eine Art von Protektorat über die kleine Republik, dabei dann auch die Benutzung des Hafens von Memel zu gewinnen.

„In Wahrheit wurde also — so schreibt das Genfer Blatt weiter — die Partie zwischen Warschau und Moskau gespielt. Indem sie ihr Ultimatum an Litauen richtete, bot die Polnische Regierung der Sowjetunion Trost. Sie hat die Kühnheit zu einer Kraftprobe gegen den Koloss auf löcherigen Füßen gehabt. Audaces fortuna juvat („Den Kühnen hilft das Glück“); die Operation hat alle dabei gehegten Hoffnungen erfüllt.“

Mit einer moralischen und materiellen Unterstützung der Sowjets im Hintergrund würde Herr Lozoraitis allen Warschauer Forderungen widerstanden haben. Das polnische Ultimatum aber habe eine gänzliche Verminderung (un dégonflage intégral) der bolschewistischen „Macht“ offenbart. Der Kreml habe Litauen im Stich gelassen.

Warum diese Abdankung der Sowjets, auf welche die Warschauer Regierung mit Recht habe zählen können? „Weil die Sowjetunion bis in die Tiefe hinein durch ihre innere Zerlegung erschüttert ist. Der allmächtige Despot, der im Kreml regiert, kann seine gewaltige Armee nicht mobilisieren, mit deren Macht die diplomatischen Agenten Moskaus geblüht haben, um wertvolle Bündnisse zu schließen. Eine Generalmobilisierung würde den unvermeidlichen Sturz des Regimes zur Folge haben. Die Wahrheit ist, daß man das russische Volk nicht zu bewaffnen wagt; man weiß nur zu gut, gegen wen es sich wenden würde. Man kann nicht ungestraft die Führer einer Armee hinschlachten. Ohne ihre Führer ist die zahlreichste und bestausgerüstete Armee nichts wert. Sie ist kopflos geworden. Stalin hat sein Heer enthauptet, seine haffenswerten Polizisten, sein Diplomatisches Korps. Der Despotismus zerstört sich selbst. Der Mißbrauch der Macht hat Stalin zur Ohnmacht verdammt. In der Stunde der Gefahr ist er unfähig gewesen, auch nur den kleinen Finger zugunsten von Litauen zu bewegen.“

Das der Genfer Liga nahesteheende Blatt, dem man solche Erkenntnisse kaum zutrauen möchte, kommt im Anschluß an die Darstellung des Sachverhalts zu folgendem Schluß: „Die Zurückhaltung der Sowjetunion bei dieser kritischen Situation kann einen weitreichenden Einfluß auf die Entwicklung der Lage in Osteuropa ausüben. Litauen darf heute nicht auf die Hilfe der Sowjetunion zählen; es hat von Moskau nichts zu erwarten.“

Der Leitartikel des „Journal de Genève“ stellt nun die Frage, ob sich Litauen an Deutschland wenden werde und gibt die eindeutige Antwort, die vor allem der schimmerlose „Kurjer Warszawski“ aus diesem neutralen Mund ver-

nehmen sollte, daß nämlich eine deutsche Unterstützung der litauischen Regierung in ihrer Auseinandersetzung mit Polen ganz unmöglich sei. Und wenn es die politisch führende Zeitung der französischen Schweiz auch unterläßt, in diesem Zusammenhang auf die deutsch-polnische Verständigung hinzuweisen, so führt sie doch andere Gründe für diese Unmöglichkeit eines deutschen Ersatzes für die ausfallende sowjetrussische Hilfsleistung an. Litauen fürchte für die Zukunft von Memel, was zweifellos richtig ist, da es in dieser Beziehung Berlin gegenüber kein reines Gewissen hat. Deshalb habe der Schreiber des Artikels, als er im Jahr 1935 während der deutsch-litauischen Spannung in Kowno gewesen sei, den Eindruck gehabt, daß sich Litauen gefühlsmäßig weniger weit von Polen als vom Reich entfernt habe. „Litauen lebt in den ruhmreichen Erinnerungen an die Vergangenheit, und wenn diese Erinnerungen ihm das „litauische“ Wilna vor Augen stellen, so beschwören sie doch auch die Siege heraus, die gemeinsam mit dem polnischen Bruder über die deutschen Ritter erfochten wurden.“ In der Tat sind die Litauer stolz darauf, daß in der Schlacht bei Grunwald-Tannenberg neben dem aus Litauen stammenden polnischen König Jagiello (Jogaila) auch dessen Vetter, der litauische Großfürst Vytautas, gegen das Ordensheer im Felde stand.

Am Genfer See vertritt man daher die Meinung, daß im Hinblick auf die Macht der Tatsachen, ebenso aber auch auf die Macht der Erinnerungen die Verständigung der beiden feindlichen Brüder, auf weite Sicht gesehen, sich zu einer wahrhaften Versöhnung entwickeln werde. Trotz gewisser Härten, die sich nicht vermeiden ließen, würde die Aufnahme der nachbarlichen Beziehungen ein Bündnis

Wilde Gerüchte um Danzig.

Die Pressestelle des Danziger Senats teilt folgendes mit:

„In einer Reihe ausländischer Zeitungen sind Behauptungen aufgestellt worden, daß in Danzig Maßnahmen getroffen worden seien, um durch einen Gewaltstreik oder auf dem Wege von Verhandlungen mit Polen den Anschluß an das Deutsche Reich zu vollziehen.“

Es bedarf kaum der Feststellung, daß diese Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen sind.“

Zerlegung der Sowjetarmee.

Worüber ist Tuschatschewski gefallen?

Dem Mitarbeiter der russischen Emigrantenzzeitung „Gajowol“ gelang es, von einem Sowjetdiplomaten, der bei einer Regierung der Weststaaten akkreditiert ist, folgende sensationelle Einzelheiten über die Ergebnisse der letzten massenweisen „Reinigungsaktion“ in der Armee und Sowjetdiplomatie zu erlangen.

Aus Furcht vor einem Angriff durch das Dritte Reich sah sich Stalin gezwungen, seine bisherige Politik vollständig zu ändern. Zu diesem Zweck schloß er eine Verständigung mit Frankreich ab, dessen Militärkräfte ihm eine Reihe von Bedingungen stellten. Sie beruhten darauf, daß Sowjetrußland ein mehr westeuropäisches Aussehen annehmen und sein Verteidigungssystem stärker ausbauen sollte. Dies geschah während des Besuchs des Marschalls Tuschatschewski im Westen. Dieser machte sich unverzüglich daran, die Umbildung der Sowjetarmee in die Wege zu leiten, schuf eine hervorragende Kriegsluftwaffe, stellte in der Armee die Dienstgrade und Traditionen wieder her und wandte seine besondere Aufmerksamkeit der besseren Ausbildung der Offiziere zu. Dieser belebende Prozeß, der sich aus Tuschatschewskis Reformen ergab, wirkte sich günstig auch auf anderen Gebieten des sowjetrussischen Innenlebens aus, was notwendig eine Selbstkritik, mit anderen Worten eine Kritik an der Regierung Stalins zur Folge hatte. Auf diese Weise hörten die Sowjetbürger, die sich allmählich die westeuropäische Ordnung zu eigen machten, auf, sich als Automaten zu betrachten, die nur dazu bestimmt waren, die Befehle der Regierung auszuführen. Gleichzeitig wurden aber Stimmen einer scharfen Kritik an dem bestehenden Regime laut.

Interpellation gegen die Pat.

In der letzten Senatsitzung brachte der Posener Senator Jeszka eine Interpellation gegen die Redaktionen der Polnischen Telegraphen-Agentur ein, welche die Wendung in der Unterredung Adolf Hitlers mit dem englischen Sonderberichterstatter Ward Price über die Notwendigkeit eines Zugangs Polens zum Meer ungenau wiedergegeben hatte. Wir haben bereits berichtet, daß sich ein Teil der polnischen Presse wegen der Berichterstattung der PAT über diese Unterredung aufgeregt hat.

zwischen beiden Vätern erleichtern, die sich durch Geschichte und Kultur zu nahe ständen, um sich auf die Dauer feindlich gegenüber stehen zu können.

Dann heißt es zuletzt: „Die Sowjetunion hat die Partie verloren! Sie kommt geschwächt aus dieser Kraftprobe heraus. Und die Ergebnisse ihrer Selbstaufgabe (abdication) können sich sehr wohl auch entfernt von der litauischen Grenze wiederholen. Der Beweis ist geliefert, daß die Sowjetfreundschaft nichts wert ist. Die Feststellung ist gemacht, daß ein Bündnis mit den Sowjets gleich Null gilt. Litauen hat soeben für diese Erfahrung die Kosten bezahlen müssen. Wird man das anderswo begreifen?“

Wir glauben, daß man uns nicht eines leichtfertigen Optimismus schelten darf, wenn wir die Ansicht vertreten, daß diese gewichtige Frage, mit welcher der Leitartikel des „Journal de Genève“ ausklingt, gerade auch bei denen, die es besonders angeht, in weitgehendem Maße eine befriedigende Antwort findet. Bekannt sind die Warnungen des früheren französischen Ministerpräsidenten Laval, den Weg des Sowjetpaktierens fortzusetzen. Seine Reden haben in einem beachtlichen Teil der französischen Presse lebhafteste Zustimmung erfahren. Auch bei den tschechischen Rechtsparteien beginnt es zu dümmern. Und der englische Finanzminister Ramsbotham hat dieser Tage in einer öffentlichen Rede einen Satz aufgestellt, der voll und ganz den Tenor des oben zitierten Genfer Artikels aufnimmt: „Sowjetrußland stellt unter den europäischen Großmächten eine zweifelhafte Angelegenheit dar, und in Anbetracht seiner Regierungsmethoden und seiner inneren Lage kann man nicht auf seine Unterstützung rechnen.“

Es ist zweifellos ein Verdienst Polens und seiner begabten außenpolitischen Leitung, daß der polnisch-litauische Konflikt in schneller und mutiger Weise so gelöst werden konnte, daß diese Kraftprobe gegen die bislang im Hintergrund stehende Sowjetunion die Schwäche des „sich selbst enthauptenden“ Kreml vor aller Welt aufgedeckt und damit gar Europa eine Lehre gegeben hat, die wohl geeignet ist, den Völkern, die in dem roten Banner mit dem Sowjetstern und in dem Zeichen von Hammer und Sichel noch nicht ein Symbol der Zerstörung und Selbsterleischung sehen, die müden Augen zu öffnen. Mit dieser Kraftprobe hat Polen in Wahrheit einen Kampf für den Frieden gewonnen, der vielleicht bedeutungsvoller ist als die Verständigung mit Litauen an sich, die das direkte Ziel des Ultimatums vom 17. März 1938 gewesen ist. Und wir dürfen als Deutsche hinzufügen, daß dieses Ergebnis wohl geeignet erscheint, die Pfeiler jener Brücke zu stärken, die der Große Marschall Polens und der Führer des Dritten Reichs am 26. Januar 1934 von Volk zu Volk, von Land zu Land geschlagen haben. * *

Stalin begriff sofort, daß ihm eine ernste Gefahr drohe. Der Gedanke, in Sowjetrußland den Parlamentarismus einzuführen, goß Öl in das Feuer. Gleichzeitig aber erhoben einzelne Personen und Gruppierungen Anspruch darauf, eine gewisse Rolle in der Sowjetunion zu spielen. Schließlich erschienen im Verkehr Bücher von Trotski, die an der Regierung Stalins in ungewöhnlich empfindlicher und treffender Weise Kritik übten. In dieser Zeit kam es an den Tag, daß Tuschatschewski und seine nächsten Mitarbeiter, General Kork und Putna, geheime Verhandlungen mit fremden Regierungen geführt haben. Man beschuldigte sie, geheime Dokumente verkauft zu haben; richtig scheint jedoch der Vorwurf zu sein, daß sie die Regierung Stalins gewalttätig mit Hilfe der Sowjetarmee stürzen wollten. Als Stalin von dieser Verschwörung erfuhr, machte er sich die Antipathie zunutze, welche die GPU (Tscheka) dem Marschall Tuschatschewski gegenüber hatte, um ihn zusammen mit den anderen Verschwörern zu beseitigen. Auf diese Weise sollte Tuschatschewski im eigenen Hause in Gegenwart der Frau durch Tschekisten ermordet werden. Die Generale Feldam, Kork und Putna wurden im Gefängnis erschossen. General Uborowitsch wurde in Minsk und General Jafita im Eisenbahnwaggon auf dem Wege nach Kiew ermordet.

Unter diesen Bedingungen kann von einer vollkommenen inneren Zerlegung der Sowjetarmee gesprochen werden, und es wird vieler Jahre bedürfen, um ihr Ansehen und ihre Disziplin wieder aufzubauen. In der Sowjetarmee machen sich Haß, Verdächtigung und Spionage breit. Die allgemeine Unzufriedenheit wächst trotz der ständigen Säuberungsaktion Stalins.

Was wird aus Sowjetrußland ohne Stalin?

Das gleiche Organ der russischen Emigration, der „Gajowol“, veröffentlicht nachstehende Einzelheiten über eine weitere Unterredung mit dem ungenannten Sowjetdiplomaten, der eine Antwort auf die Frage gibt, was mit Sowjetrußland im Falle der Ermordung Stalins geschehen werde.

„Die Macht Stalins kann“, so stellt dieser Diplomat fest, „jede Stunde zusammenbrechen trotz der außerordentlichen Vorsichtsmaßnahmen, die zum Schutz des Lebens des roten Diktators angewandt werden. In Wirklichkeit kann ihm niemand eine vollkommene Sicherheit gewährleisten. Er kann jeden Augenblick von der Hand seiner eigenen Beschützer hinweggeräumt werden, trotzdem die Organisation dieses Schutzes sogar eine Verschwörung von zwei

Personen ausschließt. Demnach könnte sich in jedem Augenblick ein Attentat finden. Stalins Ermordung würde nicht sofort zu einer Änderung des Regimes führen, da der nicht weniger als Stalin ehrgeizige Wodschilow zusammen mit Tschow, Kaganowitsch und Molotow die Macht an sich reißen würde. Diese Gruppe hat soviel Verbrechen auf dem Gewissen, daß sie die Macht nicht leicht abtreten wird. Die Hoffnung auf ihren Sturz liegt lediglich im Krieg oder in einem Aufstand.

Doch eine neue Regierung in Litauen!

Ministerpräsident: Pfarrrer Mironas.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Romno berichtet, haben die ehemaligen Präsidenten und ehemaligen Ministerpräsidenten Litauens an den Präsidenten Semetona, sowie an die Mitglieder der Regierung und die Armee Führer ein gemeinsames Memorandum gerichtet, in dem festgestellt wird, daß die gegenwärtige Lage radikale Änderungen im inneren Leben des Staates erfordert. Gleichzeitig wurde die Bildung einer neuen Regierung verlangt. Daraufhin ist die litauische Regierung am Donnerstagabend nach einer Sitzung beim Staatspräsidenten zurückgetreten. Mit der Bildung einer neuen nationalen Regierung auf breiterer Basis wurde der bekannte Oberste Armeegeistliche Pfarrrer Mironas beauftragt, der zum engsten Führerkreis des Litauischen Verbandes (d. h. der völkischen Litauer) gehört.

Um Mitternacht wurde die Liste des neuen litauischen Kabinetts amtlich bekanntgegeben. Zum Ministerpräsidenten ist der bisherige Oberste Armeegeistliche Pfarrrer Mironas ernannt worden. Auf dem Posten des Außenministers ist der bisherige Außenminister Lozoraitis verblieben, allerdings vorläufig nur geschäftsführend. Innenminister wurde der bisherige Vorsitzende des Kriegsgerichts Oberst Leonas, Kriegsminister der bisherige Armeeführer Rashtkis. Das Amt des Landwirtschaftsministers wurde dem bisherigen Ministerpräsidenten und Finanzminister Tubelis übertragen.

Das neue Kabinett setzt sich ebenfalls nur aus führenden Persönlichkeiten des Litauischen Verbandes, also der Regierungspartei, zusammen.

Wie verwickelt die Lage der zurückgetretenen litauischen Regierung war, geht aus einer Romnoer Korrespondenz des „Kurjer Warszawski“ hervor, in der die Verhältnisse in Litauen vor der neuen Regierungsbildung dargestellt werden.

„Die vorige Regierung hatte, so heißt es in der Meldung, eigentlich zwei Oppositionen: Die eine sind die oppositionellen Parteien, die nicht in der Regierung waren und deren Rückgrat die Christlichen Demokraten bilden, die zweiten sind die radikalen nationalistischen Elemente, die sich noch unlängst um die Regierung scharten, heute aber gegen sie auftraten. Unter dem Einfluß dieser Lage ist eine Umgruppierung der Regierung erfolgt. Charakteristisch ist, daß auch die Bundesgenossen der früheren Regierung, auf deren Rücktritt und auf die Bildung eines Kabinetts drängten, das sich der Anbahnung der diplomatischen Beziehungen mit Polen widersetzen würde. Als Maßstab für die verworrene Lage dürfte ein von Studenten im Gebäude der Universität und auf den Straßen verbreiteter Aufruf angesehen werden, der mit folgenden Worten beginnt: „Hinweg mit den verräterischen Mitgliedern der Regierung, die Litauen an die polnischen Räuber ausliefern wollen!“ Weiter gehen in der Form eines Protestes Gaben für den Rüstungsfonds ein. Einige Zeitungen wie z. B. „Aidas“, bedienen sich wieder der früheren Sprache gegenüber Polen, wobei Wendungen gebraucht werden wie: „Wer einmal betrogen hat, dem glaubt man auch weiterhin nicht“. In einer Mittelschule wurde unter den Schülerinnen der obersten Klassen eine Umfrage über das Thema veranstaltet: „Wie hast du den 19. März verlebt?“ Die Antworten enthielten gehässige Affekte an die Adresse Polens.“

„Alles weißt“, so schließt die polnische Korrespondenz, „auch weiterhin darauf hin, daß auch die kommende Regierung unter dem Gesichtspunkt des Problems der Beziehungen mit Polen gebildet werden wird, ebenso wie sich unter diesem Gesichtspunkt die ganze innere Lage abwickelt.“

Provokationen in der Provinz.

Wie die polnische Telegraphen-Agentur „Expres“ aus Romno mitteilt, trat eine ausdrückliche Provokation von äußeren Faktoren, die eine normale Entwicklung der polnisch-litauischen Beziehungen verhindern möchten, bei verschiedenen Vorgängen in der litauischen Provinz in die Erscheinung. In der Ortschaft Ueciana kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und Demonstranten, unter denen Agitatoren das Gerücht verbreitet hatten, daß in den nächsten Tagen unter dem Druck Polens die Agrarreform annulliert und das Land den polnischen Gutseigern wieder zurückgegeben werden solle. Die durch diese und ähnliche Gerüchte aufgeweckte Menschenmenge erging sich in lauten Kundgebungen gegen die litauische Regierung, was die Polizei zum Einschreiten zwang. Durch den Anblick der Polizisten wurden die Demonstranten noch erregter. Sie warfen sich der Polizei entgegen, so daß diese Gewalt anwenden mußte, um Herr der Lage zu werden.

Die neue Regierung mahnt zur Besonnenheit.

Im Romnoer Rundfunk wurde ein Aufruf der Regierung verlesen, in dem an die litauische Volksgemeinschaft der Appell gerichtet wird, die Ruhe zu bewahren und alle polenfeindlichen Handlungen zu vermeiden. In dem Aufruf wird betont, daß die litauische Regierung richtig gehandelt habe, wenn sie die polnische Note angenommen habe, da auf solche Weise in diesem Teil Europas der Friede gestärkt und die Bedeutung Litauens gehoben worden sei.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 25. März 1938.

Kraflau - 2,27 (- 2,24), Zawichost + 2,18 (+ 2,22), Warschau + 1,86 (+ 1,87), Plock + 1,81 (+ 1,82), Thorn + 2,20 (+ 2,16), Gordon + 2,17 (+ 2,15), Culm + 2,00 (+ 2,04), Graudenz + 2,23 (+ 2,28), Kuzbrod + 2,39 (+ 2,46), Biedel + 1,90 (+ 2,00), Dirschau + 2,01 (+ 2,12), Einlage + 2,53 (+ 2,36), Schiewershorst + 2,68 (+ 2,78). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Chamberlain über die britische Außenpolitik.

Sein Glauben an Genf tief erschüttert.

Das Deutsche Nachrichten-Bureau meldet aus London:

Premierminister Chamberlain gab am Donnerstag nachmittag im Unterhaus die angekündigte Erklärung über die englische Außenpolitik ab. Nach einem Hinweis darauf, daß die fundamentale Grundlage der englischen Außenpolitik in der Erhaltung des Friedens und der Schaffung eines Vertrauens auf seine Erhaltung bestehe, betonte Chamberlain u. a.: „Das bedeutet nicht, daß uns nichts zum Kämpfen bringen würde. Wir sind durch gewisse Vertragsverpflichtungen gebunden, die uns unter Umständen die Notwendigkeit zum Kämpfen auferlegen. Auch gibt es gewisse Lebensinteressen Englands, für die wir im Falle ihrer Bedrohung zur Verteidigung der britischen Gebiete und ihrer lebenswichtigen Verbindungen kämpfen würden.“

„Ferner gibt es andere Fälle, in denen wir vielleicht kämpfen würden, nämlich, wenn uns klar würde, daß wir kämpfen müßten oder sonst ein für allemal die Hoffnung aufgeben müßten, die Zerstörung jener Dinge abzuwenden, die wir am höchsten schätzen, nämlich unsere Freiheiten und das Recht, unser Leben so zu leben, wie es unserer nationalen Tradition und unserem Nationalcharakter entspricht. Gleichwohl muß unser Ziel immer darin bestehen, jene Interessen zu erhalten, die wir für wesentlich halten, ohne, wenn es möglich ist, zum Krieg zu schreiten, da wir wissen, daß es im Krieg keine Gewinner gibt. Lange ist die Mehrheit des englischen Volkes geglaubt, in der Genfer Liga ein Instrument gefunden zu haben, das den Frieden erzwingen kann.“

„Mein ursprünglicher Glaube an Genf als ein wirksames Instrument für die Erhaltung des Friedens ist tief erschüttert.“

Das ergibt sich aus dem jetzigen Zustand der Liga selbst, was nicht die Folge irgendwelcher näherer Ereignisse ist. Es gibt aber keinen Grund, warum wir, nachdem die Politik der kollektiven Sicherheit, da sie unter den Umständen fehlgeschlagen ist, in denen sie ausprobiert wurde, den Gedanken des Völkerbundes aufgeben sollten. Wir müssen doch sicherlich zugeben, daß wir versucht haben, Genf eine Aufgabe zu geben, die zu lösen seine Kräfte überstieg.

Das beste sei, so sagte Chamberlain weiter, wenn wir die Genfer Liga wieder gesund pflegen, da ihre ursprünglichen Ziele richtig gewesen seien.

Chamberlain ventilerte dann die Frage, ob es in der Praxis für die kollektive Sicherheit notwendig sei, daß alle 58 Staaten Genfs mitarbeiten, um eine Front von überwältigender Macht gegen einen etwaigen Angreifer zu schaffen. Man könne plausibel argumentieren, daß, wenn man es mit einer kleineren Zahl von Staaten zu tun habe und die etwas schwerfällige Maschinerie von Genf aufgabe, dies ein Weg sein könne, um mit den Problemen schneller fertig zu werden. Für einen solchen Vorschlag könne sicherlich viel gesagt werden. Ein solcher Vorschlag differiere aber tatsächlich nicht von den alten Allianzen aus der Vorkriegszeit, von denen man geglaubt habe, sie zugunsten etwas Besseren aufzugeben zu haben. Der Wert solcher Allianzen müsse offensichtlich von ihrer militärischen Wirksamkeit abhängen, von der Zahl und der Ausrüstung der Streitkräfte, die mobilisiert werden könnten. Daraus ergebe sich eine Schlussfolgerung: Wenn England einen inhumanen Beitrag für die Errichtung dessen machen wolle, was sein größtes Interesse sei, so müsse es stark bewaffnet für die Verteidigung und für die Gegenoffensive sein. England müsse zunächst an die Sicherheit seines Landes und an die der Völker denken, für die es verantwortlich sei. Dabei müsse der Wert irgendeiner englischen Garantie oder einer sonstigen Ver-

Schließung des Bielitzer Minderheits-Gymnasiums vom Schlesienschen Sejm gefordert.

(DND) Die polnische Presse mußte vor einiger Zeit zu berichten, daß sich die Haushaltskommission des Schlesienschen Sejm u. a. mit der Zukunft des staatlichen deutschen Gymnasiums und des staatlichen deutschen Gymnasiums in Bielitz befaßt habe. Welchen Inhalt diese Entschließung hatte, wurde allerdings damals nicht mitgeteilt. Erst in der letzten Sitzung des Schlesienschen Sejm erfuhr die Öffentlichkeit, was mit dieser Resolution, die folgenden Inhalt hat, bezweckt werden soll.

„Bei der Besprechung der Frage der Minderheitsschulen in der Wojewodschaft Schlesien hat der Schlesiensche Sejm festgestellt, daß ein Vergleich des deutschen Minderheitsschulwesens in der Wojewodschaft Schlesien mit dem polnischen Schulwesen in Deutsch-Oberschlesien ein trauriges Bild des polnischen Schulwesens in Deutsch-Oberschlesien ergibt. Im Budgetpräliminar für das Jahr 1938/39 figurieren unter den veranschlagten Ausgaben für die allgemeinbildenden Mittelschulen in Höhe von 3 754 052,45 Zloty auch die Positionen für das staatliche Minderheitsschulgymnasium und das Minderheitsschulzentrum in Bielitz. Da die Tragung dieser Lasten durch den Schlesienschen Sejm eine Privilegierung einer gewissen Bevölkerungsschicht, und zwar einer besonders gutgestellten und einflußreichen, darstellt, wendet sich der Schlesiensche Sejm an den Herrn Wojewoden, damit dieser die Liquidation des genannten Gymnasiums im kommenden Jahr veranlasst.“

In diesem Zusammenhang bemerkt die „Rattowitzer Zeitung“, daß es sich bei dem Bielitzer Gymnasium um das einzige staatliche deutsche Gymnasium in Schlesien handelt, alle anderen hier und im übrigen polnischen Staatsgebiet noch bestehenden deutschen Gymnasien sind bis auf eins in Thorn private Lehranstalten. Im übrigen stellt der Bericht der Kommission mit Genugtuung ein „ständiges Sinken des deutschen Schulwesens in Polnisch-Oberschlesien“ fest. Er weist darauf hin, daß die Zahl der deutschen Volksschulen seit dem Vorjahr von 76 auf 64 zurückgegangen ist. Dementsprechend sei auch die Anzahl der deutschen Schüler zurückgegangen. Dieses Zurückgehen der Schülerzahl wird in dem Bericht als ein natürlicher Vorgang hingestellt, und es wird besonders betont, daß es nicht auf irgendeinen behördlichen zurückzuführen sei.

Es bleibt abzuwarten, welche Schritte der Wojewode auf Grund dieser Entschließung unternehmen wird.

pflichtung, die England eingehe, letzten Endes von seiner Fähigkeit abhängen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Chamberlain kam dann auf Österreich zu sprechen. Die Britische Regierung, so sagte er, hat der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die kürzlichen Ereignisse in Österreich eine neue Lage geschaffen haben. „Wir haben bereits unser Urteil über die Handlung der Deutschen Regierung abgegeben und haben nichts hinzuzufügen. Aber die Folgen bleiben noch immer. Es hat eine tiefe Störung des internationalen Vertrauens gegeben. Daher besteht das Problem, vor dem Europa steht, und dem nach Ansicht der Britischen Regierung es dringende seine Aufmerksamkeit zuwenden muß, darin, wie dieses erschütterte Vertrauen wieder am besten herzustellen ist.“

„Am meisten schwebt uns

die Frage der Beziehungen zwischen der Tschechoslowakischen Regierung und der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei

vor. Es ist wahrscheinlich, daß eine Lösung dieser Frage, wenn sie erzielt werden könnte, sich weitgehend dahin auswirken würde, das Gefühl der Stabilität in einem sehr viel größeren Gebiet wiederherzustellen als in dem unmittelbar betroffenen.“ Chamberlain erörterte dann die Frage, ob die Britische Regierung zusätzlich zu den Verpflichtungen, durch die sie bereits durch die Genfer Sitzung und den Locarno-Vertrag gebunden ist, neue Verpflichtungen, und zwar besonders gegenüber der Tschechoslowakei, übernehmen sollte.

Die Britische Regierung fühlt sich, so betonte Chamberlain nicht in der Lage, die angeregte Garantie zu geben.

Diesen Standpunkt begründete Chamberlain u. a. damit, daß die Entscheidung, ob die Tschechoslowakei sich in einen Krieg verwickelt finde, automatisch der Britischen Regierung entzogen sein würde. Die angeregte Garantie würde ohne Berücksichtigung der Umstände wirksam werden, durch die sie zum Funktionieren gebracht werden würde, und über die es der Britischen Regierung nicht möglich war, irgend eine Kontrolle auszuüben. Das sei eine Lage, die die Britische Regierung nicht für ein Gebiet annehmen könne, in dem Englands lebenswichtige Interessen nicht in der gleichen Weise berührt seien, wie das bei Frankreich und Belgien der Fall sei. Das sei bestimmt nicht die Lage, die sich aus der Genfer Sitzung ergebe.

Chamberlain kam dann auf die Vorlesung Litwinow zu sprechen, der bekanntlich die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich für die Bähbarkeit der Sowjets in der Welt anzumuten versuchte und die Bereitwilligkeit der Sowjetregierung zur Teilnahme an „kollektiven Aktionen“ erklärte. Chamberlain erklärte dazu,

die Britische Regierung würde die Abhaltung einer Konferenz begrüßen, zu der alle europäischen Länder ihr Erscheinen anfordern würden,

und auf der es daher möglich wäre, die Angelegenheiten zu erörtern, über die man gegenseitig Besorgnisse verspüre. „Unter den gegenwärtigen Umständen fühlt sich die Britische Regierung jedoch verpflichtet, festzustellen, daß eine solche Erwägung nicht gehegt werden kann, auch die Sowjetregierung hegt sie in der Tat nicht.“ Die Britische Regierung sei außerdem der Ansicht, daß die Folgen einer solchen Aktion, wie sie die Sowjetregierung vorschlägt, darin bestehen würden, zwei sich ausschließende Gruppen von Staaten zu schaffen, was nach Ansicht der Britischen Regierung für die Aussichten eines europäischen Friedens abträglich wäre.

England glaube nicht, daß eine stabile Ordnung geschaffen werden könne, wenn nicht durch das eine oder andere Mittel gewissen Prinzipien Anerkennung verschafft werden könne. Das erste bestehe darin, daß Meinungsverschiedenheiten durch friedliche Mittel gelöst werden sollen und nicht durch die Methode der Gewalt, das zweite Prinzip, das von nicht geringerer Bedeutung sei, bestehe darin, daß eine friedliche Regelung, die von Dauer sein solle, auf Gerechtigkeit beruhen müsse. Auf Grund dieser Ansichten hätten die Britischen Regierungen die vollen Verpflichtungen der Genfer Sitzungen auf sich genommen. Andererseits habe die Regierung ständig ihren Einfluß aufgewandt und tue dies weiter, um die Beziehungen zwischen den Völkern einer Revision zu unterziehen, wo diese durch Verträge oder anderweitig geschaffen worden seien, und wo sie revisionsbedürftig zu sein schienen.

Die Britische Regierung werde all ihren Einfluß anbieten, um eine friedliche und ordentliche Lösung aller Fragen herbeizuführen, die die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern stören könnten. Hinsichtlich der Tschechoslowakei scheine der Britischen Regierung nunmehr die Zeit gekommen zu sein, zu der alle Hilfsquellen der Diplomatie für den Zweck des Friedens aufgewendet werden sollten, sie freue sich, die definitive Zusage der Deutschen Regierung bezüglich ihrer Haltung zur Kenntnis zu nehmen und unterschätze sie in keiner Weise. Auch habe sie mit Befriedigung festgestellt, daß die Tschechoslowakische Regierung sich den praktischen Schritten zuwende, die im Rahmen der tschechoslowakischen Verfassung ergriffen werden können, um den vernünftigen Wünschen der deutschen Minderheit zu begegnen.

Hinsichtlich Spaniens erklärte Chamberlain erneut, daß die Britische Regierung die Nichtmischungs politik als das beste Mittel ansehe, um einen größeren Konflikt zu verhindern. Er erwähnte auch die Anstrengungen um die Zurückziehung der Freiwilligen.

Chamberlain behandelte dann die englisch-italienischen Besprechungen, die beträchtlich vorwärts gebracht worden seien. Die Ergebnisse gäben zu voller Ermunterung Anlaß. Die Britische Regierung sei davon überzeugt, daß die Italienische Regierung die vor Beginn der Besprechungen getroffenen Abreden gehalten habe. Es sei weiter von größter Bedeutung, daß die Italienische Regierung ihre Erklärung wiederholt habe, wonach sie keine territorialen, politischen und wirtschaftlichen Ziele in Spanien oder auf den Balearen habe. Die Britische Regierung vertraue darauf, daß die Italienische Regierung ihren Verpflichtungen nachkommen werde.

Im Schluß seiner Rede unterstrich Chamberlain die Notwendigkeit, das britische Aufrüstungsprogramm zu verschärfen. Auch eine Beschleunigung der Aufrüstungspläne sei wesentlich. Besonders müßten die Luftwaffe und die Luftabwehr verstärkt werden.

Die Wiederanrüstung müsse künftig den Vorrang vor allen anderen Anstrengungen haben.

Deutsche Kinderhilfe 1938.

Wie alljährlich, rüstet sich der Deutsche Wohlfahrtsdienst-Polen wieder zur Durchführung seiner Kinder-versicherungaktion. Zum 16. Mal ist er im Begriff, an die Organisation des Ferienkinder-austausches zwischen Deutschland und Polen heranzugehen. Noch stehen die Zahlen der beiderseitig zur Versicherung kommenden Kinder nicht fest, aber die Planung des Wertes liegt in großen Zügen fertig vor. Vielerlei Vordrucke für Meldekarten, Zinsen usw. sind bereits überall in das Land hinaus gesandt worden und ein ganzer Stab von treuen und fleißigen ehrenamtlichen Mitarbeitern ist am Werk, um die Registrierung der Kinder vorzunehmen. Bis zum 10. April müssen sämtliche Formalitäten erledigt sein und die Meldungen nebst den erforderlichen Bescheinigungen und Erklärungen dem Pöfener Bureau vorliegen. Dann entwickelt sich dort ein wahrer „Hochbetrieb“. Polnische und deutsche Kursbücher werden unermüdlich gewälzt, ganze Stöße von nach verschiedenen Gesichtspunkten eingerichteten Listen angefertigt, Transportpläne entworfen — denn es handelt sich um die Entsendung von deutschen Jungen und Mädchen, die alle wohlbesahen und pünktlich zum vorausberechneten Zeitpunkt an ihren Bestimmungsorten eintreffen sollen.

Neben der Versicherung nach dem Reich aber läuft — diesjährig zum vierten Mal —

die Unterbringung deutscher Kinder innerhalb unseres Landes,

die „Deutsche Kinderhilfe (DKH)“. Auch hierfür ist der Deutsche Wohlfahrtsdienst-Polen der Träger der Organisation in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Wohlfahrtsbund - Bromberg und der Abteilung Deutscher Wohlfahrtsdienst des Deutschen Volksbundes - Kattowik. 3969 deutsche Kinder aus den Wojewodschaften Polen und Pommerellen, aus Mittelpolen, Oberschlesien, Kleinpolen, Warschau, Grodno, Wilna, Bielsk usw. sind in deutschen Familien, hauptsächlich Westpolens, im vergangenen Sommer untergebracht gewesen. Sie haben vorbildliche Gastfreundschaft bei ihren Volksgenossen genießen dürfen, den Stadtkindern ist das Erlebnis des Landaufenthalts zuteil geworden und alle sind sie gekräftigt und reich an Eindrücken heimgekehrt. Verbindungen wurden angeknüpft von Gau zu Gau, Briefe werden weiterhin gewechselt zwischen Kindern und Pflegeeltern, die Bande einer Gemeinschaft über Entfernungen hinweg sind fester geworden.

Wieder beginnt in diesen Tagen ein großzügiger

Werbefeldzug.

„Herberget gern!“ „Melbet Pflegestellen!“ „Wir brauchen Geld!“ „Holt euren Sondermitgliedsbeitrag für die Deutsche Kinderhilfe!“ So rufen es den Mitgliedern unserer deutschen Wohlfahrtsorganisationen die Flugblätter zu. Bewußt wird zum Dpfer aufgefordert. Die für das Werk Verantwortlichen sind sich sehr wohl darüber im Klaren, was es bedeutet, in heutiger Zeit immer wieder mit Forderungen hervorzutreten. Sie wissen, daß der Bauer ungeachtet der verbesserten Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse schwer um seine Existenz ringt und Handel und Gewerbe um ihren Bestand kämpfen. Sie wissen um die Last, die auf unserem gesamten Deutschtum liegt, hervorgerufen durch Grenzbestimmungen und Enteignungen. Dennoch wagen sie es, Dpfer zu verlangen. Es geht um die Förderung unseres Nachwuchses! Es geht darum, deutschen Kindern, die meistens in engen, finsternen Wohnungen der Industriestädte aufwachsen müssen, für 6 Wochen einmal die Gelegenheit zu geben, in Licht und Luft bei gesunder Kost ihre Ferientage zu verbringen. Es geht darum, deutschen Kindern weit draußen aus dem Osten und Süden unseres Landes den oft harten und freudlosen Alltag für kurze Zeit wenigstens zu verschönen und in ihnen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit uns zu stärken. Wahrhaftig, dieses Ziel ist es wert, daß man dafür die Verantwortung und Mühe auf sich nimmt, einen jungen Gast ein paar Wochen zu beherbergen, daß man einen kleinen Bruchteil seines Einkommens für das Hilfswerk abgibt.

Seit dem Bestehen der Aktion hat man

allerlei Einwände

dagegen erhoben. Sie sind nicht nur von Mederern gekommen, sondern gerade auch von seiten solcher Volksgenossen, denen es ernst war um das Werk. Man hat vor allem immer wieder darauf hingewiesen, daß hin und her Kinder verschickt worden seien, deren häusliche Verhältnisse nicht unter den Begriff der Bedürftigkeit fielen. Das mag in einigen Fällen zutreffend gewesen sein und lag an einer zu wenig gründlichen Auswahl der Kinder durch die Entsendestelle. Man wolle bedenken, daß bei jedem im Aufbau begriffenen Werk auch Mängel zutage treten. Fehler aber kann man abstellen. Es ist unabweisbar im Laufe der drei Jahre besser geworden. Wer sich im letzten Sommer einmal einen der Transporte anzusehen Gelegenheit hatte, der wird zugeben müssen, daß schon der äußere Eindruck der Kinder auf eine starke Bedürftigkeit der Kinder schließen ließ. Mäße, magere Kerlchen waren es, die in Polen den Sonderzügen entfielen. Mit ihren geringen Habseligkeiten im Rucksack oder einer Pappschachtel machten sie wahrlich nicht den Eindruck von Wohlhabenheit. Dazu kommt das bei einem Kinde natürliche Bestreben, nach den häuslichen Verhältnissen gefragt, diese in einem möglichst vorteilhaften Licht erscheinen zu lassen. So haben sich angeblich ein Auto besitzende Väter auf Erkundigungen hin als Gelegenheitskassareure herausgestellt. Ein verhältnismäßig großer Vorrat an Kleidungsstücken erklärte sich öfter dadurch, daß der Familienernährer früher eine gut bezahlte Stellung inne hatte, aus welcher Zeit die Ausstattung des Kindes noch stammte, er aber seit längerer Zeit arbeitslos war. In dieser und ähnlicher Weise haben sich die meisten Bemängelungen aufgeklärt. Eins steht jedenfalls fest: Der Aufenthalt in den Familienpflegestellen war für den größten Teil der Kinder ein Segen und eine Wohltat. Hier ist wahrer Sozialismus verwirklicht worden.

So wagen es unsere deutschen Wohlfahrtsorganisationen auch in diesem Jahr wieder, an die Dpferwilligkeit und das soziale Verständnis ihrer Mitglieder zu appellieren. Es muß wieder möglich gemacht werden, unserer bedürftigen Jugend Gastfreundschaft zu gewähren und die Mittel für die Durchführung des Werks bereit zu stellen. Nicht die in wenigen Fällen berechtigt gewordenen Einwände sind maßgebend für eine Beurteilung der Aktion, sondern der Blick auf das Ganze und das Ziel!

NHK,



Eine mit NIVEA gekräftigte Haut hat eine besondere Anziehungskraft.
Nur NIVEA enthält Eucerit, das Kräftigungsmittel für die Haut.



Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Anabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strenge Verschwiegenheit angedehert.

Bydgoszcz/Bromberg, 25. März.

Bewölkungszunahme.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet stärkere Bewölkung und vereinzelt Schauer an.

Göttliche Traurigkeit.

Kor. 7, 4—10: Unser Schriftabschnitt läßt uns einen Blick tun in des Apostel Paulus Seelsorge. Er hat an die Korinther sehr ernste scharfe Worte richten müssen, um allerhand Mißstände, die dort eingerissen waren, zu strafen. Nun hat er Nachricht von der Wirkung seines Briefes erhalten. Er hat eingeschlagen wie ein Blitz. Nun bemühen sie sich, die Scharfe ihres Lebens auszumerzen, denn es hat sie doch tief betrübt und erschüttert, daß der geliebte Apostel so hart hat zu ihnen reden müssen. Das ist nicht immer die Wirkung harter Strafreden. Oft verbittern und verstocken sie mehr, als daß sie bessern. Wenn in Korinth das Strafwort des Apostels so wirksam war, so hatte das zwei Gründe: einmal merkten die Korinther ihm wohl an, daß hinter diesem Wort der Strafe nicht der richtende Pharisäer stand, sondern der betende sorgende Seelsorger, mit seiner großen Liebe, dem jene Mißstände ein bitterer Schmerz waren. Und dann: die Korinther waren Menschen, gewohnt auf Gottes Stimme zu hören und sich sagen zu lassen, was zu ihrem Besten diene. Das macht dann jene göttliche Traurigkeit, die eine heilige Reue wirkt und einen ernsten Willen weckt zur Besserung. Merken wir es uns als Erzähler: Wenn du dein Kind strafen mußt, laß es im Strafen deine Liebe spüren, dann wird sein Betrübnis göttlicher Art und der Anfang der Besserung sein. Aber merken wir es uns auch als solche, die in der Erziehung Gottes stehen. Gott muß auch uns zuweilen strafen mit seinem Wort, wenn nicht sogar manchmal mit harten Schlägen. Aber vergessen wir nie: es ist keine Liebe, die uns straft. Und wir werden erfahren, daß sein Wort nütze ist zur Lehre, zur Strafe, zur Züchtigung in der Gerechtigkeit, daß wir Gottesmenschen werden, zu allem guten Werk geschickt. Die Traurigkeit der Welt wirkt den Tod. Sind wir nur betrübt aus verletzter Eitelkeit und falscher Selbstgerechtigkeit, dann freilich ist die Folge nur noch mehr Verhärtung, die zum Tode führt, aber göttlich betrübt werden in ehrlicher vom Geist Gottes gewirkter Reue bringt Genesung der Seele und neues Leben und wir werden dann die Hand Gottes küssen, die uns schlug. Denn sein Strafen und Schlagen stehen unter dem Wort: Welche ich lieb habe, die strafe und züchtige ich.

D. Blau-Pöfen.

Ronjunkturanstieg

durch Zigarettenrauch feststellbar.

Über 7 Milliarden Zigaretten in einem Jahr verbraucht.

Wie aus den letzten statistischen Angaben hervorgeht, wurden in Polen im vergangenen Jahr insgesamt 7802 Millionen Zigaretten verbraucht, während im Jahr 1936 der Absatz von Zigaretten auf dem Gebiet des ganzen Landes 6219 Millionen betrug. Der stärkere Verbrauch von Zigaretten wurde in sämtlichen Wojewodschaften beobachtet. In den Zentralwojewodschaften betrug der Absatz von Zigaretten im Jahr 1937 — 3187 Millionen, gegenüber 2615 Millionen im Vorjahr, in den Ostwojewodschaften 487 Millionen (379 Millionen), in den Westwojewodschaften 1940 Millionen (1805 Millionen), schließlich in den südlichen Wojewodschaften 1688 Millionen (1420 Millionen).

§ Beim Geldwechseln um 480 Zloty bestohlen. In dem Bureau des Kaufmanns Michal Ziolkiewicz, Adama Czarotorskiego (Maußstraße) 6, erschien ein elegant gekleideter Herr, der den Kaufmann bat, ihm 1300 Zloty zu wechseln. Der Kaufmann entsprach dem Wunsch, mußte jedoch nach dem Fortgang des eleganten Besuchers feststellen, daß von einem Schreibtisch, auf dem ein Stoß Banknoten gelegen hatte, 480 Zloty fehlten. Offensichtlich hat der Fremde diesen Betrag gestohlen.

§ Als betrügerischer Stellenvermittler erwies sich ein Mann, mit dem sich augenblicklich die Kriminalpolizei zu beschäftigen hat. Er lernte den Kupienica (Breitestraße) 12 wohnhaften Pawel Wielozyski kennen, der seit längerer Zeit arbeitslos war und versprach diesem, einen Posten zu besorgen. Allerdings brauche er dazu etwas Geld, denn er müsse mit einigen maßgebenden Herren, die er alle sehr gut kenne, ein gemeinsames Abendbrot essen. Man forderte zunächst 50 Zloty, später weitere Beträge, die allmählich die Summe von 500 Zloty erreichten. Von einer Anstellung war jedoch keine Rede. Leider zu spät erkannte W., daß er einem Betrüger ins Garn gegangen war, und erstattete Anzeige.

§ Einen Selbstmordversuch unternahm am Mittwoch abend in der Bahnhofstraße eine 20jährige weibliche Person, indem sie Essigessenz trank. Vor Schmerzen sich windend, brach die Lebensmüde auf dem Bürgersteig zusammen und mußte in das Städtische Krankenhaus gebracht werden.

§ Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Donnerstag gegen 10 Uhr in den Eisenbahnwerkstätten. In der Nähe des 60jährigen Eisenbahners Tomasz Dmalki, Kallersstraße 27, explodierte ein Benzinbehälter, so daß D. mit schweren Brandwunden in das Städtische Krankenhaus geschafft werden mußte. — Der in der Papierfabrik beschäftigte 34jährige Maurer Florian Jecznyk, Kliczka (Kliczstraße) 9, stürzte so unglücklich von einer Leiter, daß er mit einer Armverrenkung in das Städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. — Der 28jährige Schmied Maximilian Grabowski, Kozubka (Kozubstraße) 9, schlug sich mit einem Stück Eisen, das vom Amboss abgesprungen war, die Schlagader einer Hand durch. Auch er mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

§ Einbrecher stahlen aus der Werkstatt des Tischlers Slowinski, Wyjoka (Hohestraße) 7, Tischlerhandwerkzeug im Werte von 400 Zloty. — In derselben Nacht wurde ein Einbruch bei Maria Falkiewicz, Mazowiecka (Hennestraße) 11, verübt, wobei den Tätern eine elegante Decke im Werte von 40 Zloty gestohlen wurde. — Zu dem gestern gemeldeten Diebstahl bei der Gefangenenlehrerin Fräulein Lydia Kopyse, Sm. Florjana (Alexanderstraße) 6, erfahren wir, daß dort nicht Einbrecher tätig gewesen sind, sondern eine wertvolle Kassetten auf mysteriöse Weise verschwunden war. Diese Kassetten hat sich aber unterdessen wieder eingefunden.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Montag, den 28. März, um 20 Uhr, im Zivill Kasino, Klavierkonzert Göth Picht-Agenfeld-Berlin. Im Frühjahr 1937 wurde die junge, in Deutschland schon bestens bekannte Pianistin auf dem Internationalen Chopin-Wettbewerb als einzige Deutsche mit einem Preis ausgezeichnet. Aus der Fülle der Preffestimmungen nur einige Urteile: „Blicklicher Beobachter: ... ein pianistisches Talent von ausgeprägter Eigenart.“ „Neues München: ... Tagel: ... Ein wahrhaft beglückendes Erlebnis.“ Die Technik der Künstlerin zeigte eine erstaunliche Reife.“ 2015

Tod in einem Brunnen durch Erdgasvergiftung.

Am Dienstag ereignete sich im Wasserwerk zu Koiten ein tragischer Unfall, der den Tod des 47jährigen Arbeiters J. Seifert zur Folge hatte. Der Leiter des Wasserwerks, Zablocki, hatte morgens bemerkt, daß der Ventilator in dem 17 Meter tiefen trockenen Brunnen schleißt arbeitet. Es wurden zunächst die Erdgase ausgepumpt. Als Seifert überzeugt war, daß keine Erdgase mehr vorhanden sind, stieg er auf der Leiter in den Brunnen hinab. Ihm folgte Zablocki. Auf dem Grund des Brunnens angelangt, begann Seifert plötzlich zu schreien und verlor das Bewußtsein. Zablocki versuchte ihn emporzuziehen, mußte ihn jedoch im Stich lassen, weil er fühlte, daß ihn selbst infolge der eingatmeten Erdgase die Kräfte verlassen. Darauf stieg Zablocki nach oben, um Hilfe zu holen, die aber zu spät kam; denn die benachrichtigte Feuerwehr hatte keinen Sauerstoffapparat. Erst nach zwei Stunden vermochte man den Verunglückten aus dem Brunnen zu ziehen. Alle Wiederbelebungsvoruche waren ergebnislos. Seifert hinterläßt Frau und drei Kinder.

V Argonau (Gniwkowo), 25. März. In einer der letzten Nächte stahlen Diebe dem Besitzer Andeas Umer in Plontowo bei Rojewo aus einer Miete über 12 Str. Kartoffeln. Die Diebe wurden aber mit ihren Rädern kurz vor Argonau von Polizeibeamten angehalten und mußten die Beute dem Bestohlenen zurückbringen. — Unbekannte Diebe stiegen bei dem Besitzer Max Radtke in Grünkirch (Rojewice) durch das Dach in den Kamin und entwendeten sechs Räucherfinken. Alsdann gelangten dieselben auf den Getreideboden, von welchem sie nur einen Sack Weizen mitnehmen konnten, da der Besitzer mittlerweile erwacht war und die Banditen es vorzogen, mit ihren Rädern im Dunkel der Nacht zu verschwinden.

ss Inowroclaw, 24. März. Wie wir bereits berichteten, wurde vor drei Wochen der 33jährige Kazimierz Januszewicz, Wöjt der Landgemeinde Luiseufelde (Dabrowa Biskupia), Kreis Inowroclaw, einstweilig seines Amtes enthoben, worauf gegen ihn Untersuchungen eingeleitet wurden, die dem Abschluß entgegen gingen. Nun hat Januszewicz in seiner Wohnung Selbstmord begangen, indem er sich mit einem Revolver in die Schläfe schuß. Bewußtlos wurde J. mit dem Auto der Rettungsbereitschaft nach Inowroclaw ins Krankenhaus gebracht, wo er verstarb. Die Ursache zum Selbstmord wird auf Nervenzerüttung zurückgeführt.

z Inowroclaw, 23. März. Gestern abend entspann sich in der Szymborzer Siedlung zwischen den Eheleuten Józef und Sofia Wiczorek ein Streit, in dessen Verlauf die Polizei eingreifen mußte. Beide Eheleute hatten Kopfwunden: ersterer Art davongetragen, die Ehefrau mußte sogar dem Krankenhaus überwiesen werden.

Der Besitzer Benno Raffler aus Turzany meldete der Polizei, daß sein erst kürzlich angenommenes Dienstmädchen namens Wladyslawa Krol ihm 200 Zloty gestohlen habe und nach Inowroclaw geflüchtet sei. Eine Nachsuchung förderte tatsächlich 50 Zloty zutage und im Laufe eines Verhörs gab sie zu, den Rest im Bett versteckt zu haben. Die Diebin wurde daraufhin dem Gericht zugeführt.

z Pöfen (Poznań), 24. März. Vor dem Bezirksgericht Pöfen, das zu diesem Zweck nach Dbornik detachiert war, fand die Verhandlung gegen den Knecht Stanislaw Dyrek statt, der im Dezember v. J. einen Jan Rabie mit einem Knüttel niedergeschlagen und ihm 70 Zloty geraubt hatte und dann an der hiesigen Bahnsperrre verhaftet worden war. Während der Staatsanwalt gegen den geständigen, aber nicht reuigen Raubmörder die Todesstrafe beantragt hatte, verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Totschlags und Raubes zu 15 Jahren Gefängnis und zehnjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

ss Tremessen (Tremeszno), 25. März. Amtlich ist unter dem Klauenwisch auf dem Gut Szpytowo, Besitzer Herberti Jonas, die Maul- und Klauenseuche festgestellt worden. Die Staroste in Mogilno hat darum sofort die mit der Anordnung des Pöfener Wejowoden am 17. Februar getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche bekanntgegeben. Auch die Hengststation in Szpytowo ist geschlossen worden. Zum gefährdeten Bezirk gehören alle Ortschaften in den Landgemeinden Mogilno-Ost, Mogilno-West, Gembik und Tremessen, sowie die Stadtgebiete von Tremessen und Mogilno.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Krufe; für Handel und Wirtschaft: Arno Stroße; für Stadt und Land u. den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hopke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prządak; Druck und Verlag von A. Ditmann & Co., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Pommerellen.

25. März.

Graudenz (Grudziadz).

Im Landwirtschaftlichen Verein Dragas

hielt der Vorsitzende Bauer Leonhard Tyart vor zahlreich erschienenen Mitgliedern einen fesselnden Vortrag über die zeitgemäße Frühjahrspflanzung. Ausgehend von den meteorologischen und klimatischen sowie den hydrographisch-geographischen Verhältnissen unserer Niederung, begründete er ausführlich die moderne Frühjahrspflanzung. Zum Schluss verwies er auf die neuerdings mehr und mehr in Aufnahme kommenden neuen Kulturgewächse, die Süßlupine, den Mais, die Futtermalve, drei Pflanzenarten, die bis dahin in unserer Niederung unbekannt waren. Die Aussprache ergab die verwunderliche Tatsache, daß die Mehrzahl der Bauern mit der Feldbestellung in diesem Frühjahr nahezu fertig war, eine Erscheinung, die seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen war. Erfreulicherweise ist die Winterfaat unbeschädigt durch den Winter gekommen.

Alsdann hielt Lyzeallehrer Kerber-Thorn einen Vortrag über den Verlauf des Frühjahrshochwassers vor 50 Jahren (1888). Er schilderte nicht nur die damalige Hochwasserflut im Gebiet der eigentlichen Niederung, sondern gab darüber hinausgehend ein Bild von dem Verlauf des Eisgangs von Thorn bis zur Mündung, wo am 25. März 1888 (Palmsonntag) der Rogatbamm bei Jonasdorf brach und das Wasser das Klein-Marienburger Werder, somit die Elbinger und Draußen-Niederung überflutete. Damals wurden insgesamt 12 Quadratmeilen des besten Landes mit 75 Dörfern, in denen rund 30 000 Menschen wohnten, überschwemmt. Der angerichtete Schaden wurde auf 30 Millionen Mark geschätzt und hatte zur Folge, daß endlich an die seit Jahrzehnten bereits geplante Stromregulierung des Mündungsgebietes der Weichsel gegangen wurde. Die Kosten dafür waren staatlicherseits auf 20 Millionen Mark veranschlagt und wurden zur Hälfte von den im Mündungsgebiet der Weichsel gelegenen drei Reichverbänden Danziger Werder, Großes Werder und Elbinger Werder übernommen. Die Arbeiten betrafen den Nehrungsdurchschnitt Einlage-Nickelswalde, den Bau von Schiffahrtsschleusen an der Danziger und Elbinger Weichsel, Begrabung und Kückerlegung von Deichen, Regulierung der Rogatabzweigung bei Piedad an der Montauer Spitze, sowie Verlängerung der beiden Dirschauer Weichselbrücken von 750 auf 1000 Meter. Schon 1895 konnte der Durchstich bei Nickelswalde eingeweiht werden und bei Ausbruch des Weltkrieges war auch bereits die Rogatabzweigung reguliert.

An die Bekannmachung der Stadtverwaltung in Sachen der Entrümpelung der Böden und Bodenkammern, die nur zum Trocknen von Wäsche und Aufbewahrung von zur Beseitigung von Bränden dienenden Materialien und Mitteln benutzt werden dürfen, sei nochmals erinnert. Als Termin der Entfernung des Gerümpels, alter Möbel, Papiere, Lappen usw. ist der 1. April bestimmt. Für die Nichtbefolgung der Vorschriften sind bekanntlich empfindliche Strafen angedroht.

Falsches Gerücht. In unserer Stadt waren dieser Tage Gerüchte verbreitet dahingehend, daß Feliks Lufkowski, der im Gefängnis sitzende Mörder des Wärders Wladyslaw Widomski und des Portiers Piotr Pizczak, Selbstmord begangen habe. Das entspricht, wie auf Anfrage von der Gefängnisleitung erklärt wurde, nicht den Tatsachen.

Während des Schlafes bestohlen. Ein Bewohner von Adl. Waldau (Waldowo Salach), Kr. Culm, kam zu Rad nach Graudenz, um hier etwas zu erledigen. Auf dem Heimweg überfiel ihn, zumal er in unserer Stadt etwas Alkohol zu sich genommen hatte, eine gewisse Müdigkeit. Bei Böslershöhe (Strazmiecin), stieg er vom Fahrrad, setzte sich auf einen Chausseestein und schlummerte fast ein. Das Erwachen war weniger angenehm, denn mit Schrecken mußte er wahrnehmen, daß ein Spitzhube ihm das Rad gestohlen hatte. Da kehrte der Mann bekümmert nach Graudenz zurück und klagte der Polizei sein Pech.

Der mihlungene Einbruchsveruch der beiden Verbrocher Feliks Lufkowski und Herbert Krajewski in die Schlosserwerkstatt der Firma Pracia Wacklawscy, Blumenstraße (Kwiatowa), sollte bekanntlich am Mittwoch dieser Woche vor dem Bezirksgericht zur Verhandlung kommen. Die Verhandlung fand indessen nicht statt, da Staatsanwalt Kaczanowski den Antrag stellte, diese Einbruchssache mit dem andern Verbrechen im Hause Marienwerderstr. (Wobickiego) 21 gemeinsam zu verhandeln und demgemäß die Sache zu vertagen. Bezirksrichter Wisniewski gab diesem Antrag statt.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Die Mutjunge Pianistin Edith Agensfeld, die schon verschiedentlich auf ihre elementare Begabung aufmerksam machte (Musikwoche Bln.), konzertiert am 29. d. M., 20 Uhr, im Deutschen Heim. Ein pianistisches Talent von ausgeprägter Eigenart, deren Spiel durch seine Veseitigkeit und besondere Betonung aller Stimmungswerte bestimmt ist (B. V. Bln.). Karten bei Julius Wallis, Ruf 14-69. 2745

Thorn (Torun).

Plan der diesjährigen Wegearbeiten.

Vor kurzem hat die Stadtverwaltung einen Teil der für dieses Budgetjahr vorgesehenen Straßenarbeiten in Angriff nehmen lassen. Erfreulicherweise können wir feststellen, daß unsere Stadtväter in ihrem Arbeitsplan auch der bisher stark vernachlässigten Straßen der Innenstadt gedacht haben.

Nach Fertigstellung einer der wichtigsten Verkehrsadern, der Leibitzcher Chaussee (Lubicza Szosa), die einen Teil der Transitchaussee abgeben wird, soll sofort die Arbeit zur Inordnungbringung des Plac 18 stycznia (Hermannsplatz) aufgenommen werden. Hiermit ist schon im Monat Mai zu rechnen, in dem bekanntlich die Inbetriebnahme des umgebauten Stadtbahnhofs (Dworzec Torun-Miasto) erfolgen wird. Nach einem grundlegenden Umbau erhält dieser Plac eine neue Straßendecke aus Würfelplaster und neuzeitlichen Schmutkanlagen.

Auf der Bromberger Vorstadt erhält die ul. Ziomackiego (Waldstraße) und zwar in dem Abschnitt von der ul. Matejki (Venderstraße) bis zur ul. Konopnickiej (Parkstraße) eine neue Kopfsteinpflasterung, während der Abschnitt von der ul. Moniuszki (Baumschulenweg) bis zum Czernona Droga bzw. bis zur ul. Mickiewicza (Mellienstraße) hauffiert wird. Diese Straße erhält außerdem in ihrer ganzen Ausdehnung einen neuen Gehsteig. Gleichfalls gepflastert wird die ul. Kochanowskiego (Hoffstraße) in dem Abschnitt von der ul. Mickiewicza bis zur ul. Koszarowa (Kasernenstraße). Diese von den Bewohnern der neuen Siedlung „A“ viel begangene Strecke erhält jetzt auch endlich einen Bürgersteig.

Weiter werden in Ordnung gebracht: die ul. Krasniskiego (Kloßmannstraße) im Abschnitt von der ul. Moniuszki bis zur ul. Matejki, die ul. Kraszewskiego (IV. Linie) im Abschnitt von der ul. Bema bis zur ul. Matejki, die eine Chausseierung erhält, die ul. Wyrki i Wigury sowie ein Teil der ul. sw. Józefa (vom Wasserwerk bis zur Culmer Chaussee) und die ul. Wyczkowskiego in der Siedlung „A“ (Beendigung der Arbeiten und Anlage von Bürgersteigen). Schließlich wird jetzt auch die ul. Wodna (Konduktstraße) — nach mehrjährigen Bemühungen — Gehsteige erhalten.

Wenn nach Ausführung obiger Arbeiten die Mittel noch nicht erschöpft sind, wird im Rahmen der Erhaltungsarbeiten die Umpflasterung der „sehenswertesten und gepflegtesten“ Straßen im Stadtzentrum erfolgen: ul. Chelminska, Król. Jadwigi, Sw. Katarzyna und ul. Zeglarzka, die an Stelle der inzwischen „unmodern“ gewordenen „Kahenköpfe“ einen Belag aus Würfeln oder Klinkern erhält. — Außerdem ist die Instandsetzung aller „deptaki“ (Promenadenwege) auf der Vorstadt Mader vorgesehen.

Was die Dringlichkeit anbetrifft, stehen die Arbeiten zur Inordnungbringung des Plac 18 stycznia am Stadtbahnhof an erster Stelle. Die weiteren Arbeiten hingegen werden etappenweise bis zum 1. Dezember d. J. durchgeführt.

Der Wasserstand der Weichsel betrug Donnerstag früh ... Thorniger Pegel 2,6 Meter über Normal, mithin nur 3 Zentimeter weniger als am Vortage. Die Wassertemperatur ist auf fast 8 Grad Celsius angestiegen. Die Schlepper „Delfin“ und „Wanda I“ mit fünf Rähnen mit Sammelgütern sowie „Stanislaw Konarski“ mit einem mit Soda und zwei mit Sammelgütern beladenen Rähnen führen nach Warchau ab, Schlepper „Uranus“ mit einem Kahn mit Getreide nach Danzig. Auf der Fahrt von der Hauptstadt nach Dirschau bzw. Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer „Eleonora“ bzw. „Krafas“, in entgegengekehrter Richtung „Pospieszny“ und „Ragiello“ bzw. „Mars“.

Diebstahlschrott. Aus dem verschlossenen Stall auf seinem Grundstück in der ul. Bielanska (Weißhöferstraße) 37 wurde dem Edward Zabolcki ein Schwein im Werte von 135 Zloty gestohlen. Der Täter ist unbekannt.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Raddballmeisterschaft. Am Sonntag, dem 27. März, ab 8 Uhr nachm., findet im Gemeindehaufe die Raddballmeisterschaft von Polen und Pommerellen statt. Außerdem startet im Rahmen eines internationalen Turniers der Danziger Meister B.T.G. In dem vielseitigen Programm sind ferner Kunst- und Reigenfahrten sowohl der Frauen als auch der Männer vorgesehen. Unterstützt durch deren Besuch die sportlichen Ziele des B.T.G. Schon von 0,50 Zloty ab sind Sitzplätze zu haben. Vorverkauf im Futterexport, Torunská 6. 2901

Ronik (Chojnice).

Wohnung auf der Straße. Der am 22. d. M. ermittelte Maurer Butkowiak, Ronik, Schloßhauerstraße 21, stellte auf der ul. Badowa seinen sämtlichen Hausrat auf und wollte, da das Wetter schön ist, auf der Straße logieren. B. wurde jedoch mit seiner Familie in das Kinderheim des Borromäusstifts gebracht. Die Möbel wurden auf dem Hof des Schlachthaus untergestellt.

Diebstahl. In der Nacht zum 23. d. M. wurde dem Besitzer Max Knitter in Karzchin Abbau, Kreis Ronik, eine Kuh im Werte von 250 Zloty gestohlen. Die Spuren führen zur Chaussee nach Schwarzwasser, jedoch sind die Täter bisher noch unbekannt.

Dirschau (Tczew).

Der Dirschauer Turn- und Sportverein 1862 führte unter der Leitung von Dr. Dingerdissen seine Generalversammlung durch. In ausführlicher Weise referierte Dr. Dingerdissen über die Arbeit des Vereins im verfloffenen Jahr und hob besonders die gute kameradschaftliche Art und Manneszucht der Mitglieder hervor. Nach der Aufzählung der einzelnen Feiern und Arbeitsstunden, die besonders durch die Freigabe der großen Turnhalle ermöglicht wurden, und der Schilderung der zufriedenstellenden finanziellen Lage des Vereins, bat der Redner die Kassenleiter um die Berichterstattung. Vorturnerin Fräulein Wach gab die Leistungen und Siege anlässlich des Kampfes um die Meisterschaft von Dirschau der Frauenriege bekannt. Spielwart Stof, Turnwart Kunz, Obmann Schley und Wandermat Drulla erstatteten die Tätigkeitsberichte, denen sich die Wahl des Vorstandes anschloß: 1. Vorsitzender Dr. Dingerdissen, Schriftführer Schliep, als Stellvertreter Reater, 1. Beisitzer Dir. Schienemann, 2. Beisitzer Dir. Diez, Kassenwart Schalbach und Weiland.

Der Dirschauer Deutsch-Katholische Kirchendorf unternahm unter Leitung von Vikar Schwantke bei herrlichem Frühjahrswetter mit 35 Personen einen Omnibus-Ausflug nach Ronik. Nach der gegen 10 Uhr vormittags erfolgten Abfahrt der Ausflügler vom Basserturm aus erreichte man um 1 Uhr mittags Ronik, wo die Gäste von den Jugendführerinnen und Führern aufs herzlichste willkommen geheißen wurden. Nach einer freigiebigen Bewirtung im Roniker Deutschen Heim besichtigte man die Stadt. Um 5 Uhr erfolgte dann die Aufführung der Kantate durch die Dirschauer Kirchenchormitglieder. Ein gemütliches Zusammensein der Sänger mit ihren Wirten im Hotel Engel beschloß gegen 10 Uhr abends den Ausflug, worauf die Heimfahrt angetreten wurde.

Darlehen an Landwirte der Kreise Schweg und Dirschau

zum Ankauf von Baumsprizen erteilt, wie die Pommerellische Landwirtschaftskammer mitteilt, auf deren Befürwortung die Staatliche Landwirtschaftsbank (Państwowy Bank Rolny). Die Ausgabe der Darlehen, die zu normalen Bedingungen erfolgt, geschieht u. a. durch die Kommunalsparkassen der beiden genannten Kreise, an die Anträge zu richten sind. Der Besitz solcher Sprizen ist im laufenden Jahre überaus wichtig, und zwar angesichts des Auftretens von Schädlingen in großem Maße, besonders an den Pflaumenbäumen.

Die Zahl der Pommerellischen Finanzämter

beträgt zur Zeit 24. Infolge der am 1. April d. J. in Kraft tretenden Vergrößerung der Wojewodschaft Pommerellen wächst diese Anzahl um 18, so daß damit der Kompetenz der Jzba Starbowa in Graudenz 42 Finanzämter unterstehen werden. Damit wird es auch in Pommerellen erheblich mehr Finanzbeamte geben, nämlich anstatt jetzt 1200, deren etwa 1700. Die Zahl der Beamten allein der Jzba Starbowa in Graudenz soll angeblich eine Vermehrung um über 100 erfahren.

Salzsäure gegen Zahnschmerzen.

Soldau (Dzialdowo), 25. März. Das 17 Jahre alte Dienstmädchen Helena Modzejewska wurde das Opfer eigener Unvorsichtigkeit. M. hatte Zahnschmerzen und kurierte sich mit verschiedenen Flüssigkeiten. Als sie mit Salzsäure (!) spülen wollte und diese im Mund brannte, schluckte sie die Flüssigkeit herunter. M., die die Besinnung verlor, mußte ins hiesige Krankenhaus eingeliefert werden.

Br Neustadt (Wesherowo), 25. März. Eine weibliche Person aus Neustadt wurde während der Bahnfahrt von Gdingen nach Neustadt von einem mitreisenden Mann belästigt. Als der Betroffene dem Mädchen Gewalt antun wollte, zog die Bedrohte die Notbremse, worauf der Zug auf offener Strecke zum Stehen gebracht wurde. Darauf sprang der Aufdringliche aus dem Abteil heraus und versuchte zu entfliehen. Der Flüchtling wurde jedoch vom Zugpersonal eingeholt und seine Personalien festgestellt. Der Polizei ist Anzeige gemacht worden.

Kreisarzt Stanislaw Kucharski hat seinen Posten abgegeben und die Stelle eines städtischen Oberarztes in Woclawek übernommen. Bis zur Ernennung eines neuen Kreisarztes übernimmt Dr. Vincent Rakawski die Vertretung. Die Sprechstunden in der Starostei sind auf Dienstag, Mittwoch und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr festgesetzt.

Siemon, Kreis Thorn, 25. März. Von zwei Kommissen verfallen wurde der Fleischbeschauer Kynski. Dabei erlitt er eine schwere Kopfverletzung und einen Bruch des Nasenbeins. Die Täter sind erkannt und sehen ihrer Bestrafung entgegen.

Soldau (Dzialdowo), 24. März. In den letzten Tagen starb im hiesigen Krankenhaus der Jugendliche Adam Plochek aus dem Kreis Mlawa. Die durchgeführte Sektion ergab, daß der Tod infolge der Verletzungen, die er auf einem Vergnügen bei einer Messerstecherei erhalten hatte, eingetreten ist.

Strasburg (Brodnica), 23. März. Vom Tod ereilt wurde im Wartesaal der hiesigen Eisenbahnstation ein älterer Fahrgast, der mit dem Kypiner Autobus hier eingetroffen war. Da er außer einer Fahrkarte nach Kiszki, Kreis Briesen, keine weiteren Papiere bei sich hatte, konnte vorerst seine Identität nicht festgestellt werden. Erst später erfuhr man, daß es sich um den 74jährigen Landwirt Ferdinand Mads aus Pivnitz, Kreis Briesen, handelt.

Festgenommen wurde ein Anton Lesniewski, ohne ständigen Wohnsitz, der am 18. d. M. in Chojno, hiesigen Kreises, drei Kühe zum Schaden von Jan Chmara aus Strasburg gestohlen hatte und diese bereits in den benachbarten Kreis Kypin geführt hatte, wo er sie verkaufen wollte. L. wird sich hierfür zu verantworten haben.

Tuchel (Tuchola), 25. März. In Lubiewo, Kr. Tuchel, brannte das Wohnhaus des Landwirts A. Lewandowski bis auf das Fundament nieder. Die Ursache war Funkenausflug aus dem Schornstein des Nachbarn an einem stürmischen Tag. Das Mobiliar konnte gerettet werden. Das Gebäude war nicht versichert und erleidet L. dadurch großen Schaden.

Der Arrestant Jan Sokolowski, der vor einiger Zeit aus dem fahrenden Eisenbahnzug gestiegen war, wurde nun in Wierzbuczin (Windenbusch) gefaßt und der Gerichtsbehörde zu Ronik, wohin er transportiert werden sollte, zugeführt.

Advertisement for Graudenz and Thorn. Includes 'Evang. Frau' (Evangelical woman), 'Malerarbeiten' (Painting work), 'Leihbücherei' (Library), 'Arnold Kriedte' (Arnold Kriedte), and 'Nebeggen' (Nebeggen).

Belgien — ein Bundesstaat?

Ein wallonischer Vorschlag.

Nach einer Meldung, die der „Kölnischen Zeitung“ aus Lüttich zugegangen ist, werden wallonische Abgeordnete demnächst in der Kammer einen Gesetzentwurf über die bundesstaatliche Umgestaltung Belgiens einbringen. Ausgearbeitet wurde der Gesetzentwurf im Schoß der „Wallonischen Aktionsliga“. Welche Aufnahme der Gesetzentwurf in der Kammer finden wird, ob man ihn überhaupt erörtert, bleibt abzuwarten. Immerhin ist zu bedenken, daß es ähnliche Bestrebungen auf flämischer Seite gibt und daß mehr Anhänger des belgischen „Bundesstaates“ vorhanden sind, als man vielleicht anzunehmen geneigt ist. Nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfs soll Belgien aus drei Ländern oder Mitgliedstaaten bestehen: Flandern, Wallonie, Brüssel. (Das dritte Land Brüssel soll offensichtlich den Wallonen die Mehrheit im Gesamtstaat sichern! D. R.) Die Grenzen des Staates Brüssel sollen sich mit den Grenzen des heutigen Verwaltungsbezirks Brüssel decken. Die Sprachgrenze soll die Grenze zwischen Flandern und der Wallonie bilden. In den Gemeinden der Sprachgrenze, wo eine anderssprachige Minderheit von mindestens 30 v. H. ermittelt worden ist, soll eine Volksbefragung über die Zugehörigkeit entscheiden. Eine Volksbefragung ist auch für die flämischen Gemeinden in Südflandern vorgesehen. Malmédy und die dazu gehörigen Gemeinden sollen der Wallonie einverleibt werden. Für Eupen und St. Vith ist eine Sonderregelung vorgesehen.

Jeder Mitgliedstaat gibt sich eine eigene Verfassung. Die Provinzen sollen aufhören zu bestehen. Für die Wallonie ist eine sogenannte Regionalkammer vorgesehen, deren ausübendes Organ ein „Ständiger Ausschuß“ von fünfzehn Mitgliedern sein soll. Das Steuerrecht kommt den Einzelstaaten zu. Die Einkünfte des Bundes sollen aus den Zöllen und ähnlichen Abgaben fließen sowie aus den Beiträgen der Mitgliedstaaten. Jeder Staat soll sein eigenes Militärkontingent besitzen und die Offiziere bis zu den höchsten Graden ernennen. Die Einheit des Heeres wird der Bundesgeneralstab gewährleisten. Das Bundesparlament soll aus zwei Häusern bestehen: der Kammer, deren Mitglieder nach den Grundrissen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, aber mit zahlenmäßig gleich starker Vertretung der Wallonen und Flamen gewählt werden sollen, und dem Senat. Die Mitglieder des Senats werden von den „Ländern“ gewählt; je zehn fallen auf Flandern, die Wallonie, Brüssel. Dem Senat werden große Vorrechte bezüglich der Außenpolitik zugestanden.

Zu den gemeinsamen Angelegenheiten, die dem Bundesparlament und der Bundesexekutive (Bundesregierung und Krone) unterstehen sollen, gehören die Fragen der Staatsangehörigkeit mit der Unterscheidung, daß es auch eine Einzelstaatsangehörigkeit (also eine wallonische u. a. Staatsangehörigkeit) geben soll, die Fragen der Ein- und Auswanderung, das Heer mit der obigen Einschränkung, die Außenpolitik, die Verwaltung der Kolonien, die Kultusangelegenheiten, das Münz- und das Zollwesen, die Gesetzgebung auf dem gesamten Gebiet des Rechts, das Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen mit gewissen Einschränkungen. Alle übrigen Angelegenheiten sollen zur Zuständigkeit der „Länder“ gehören, vor allem das gesamte Unterrichtswesen.

Das neutrale Belgien.

Kein Durchmarschrecht für Frankreich, wenn es den Tschechen „helfen“ will.

Aus Brüssel meldet DND:

Am Schluß der außenpolitischen Aussprache in der Kammer, die drei Tage dauerte, beantwortete Außenminister Spaak mehrere Anfragen, die sich in der Debatte ergeben hatten. Das Verhältnis Belgiens zu Deutschland, so sagte er, sei durch die deutsche Garantie der belgischen Unantastbarkeit bestimmt. Außerdem habe Belgien feierliche Garantien von England und Frankreich. Diese drei Garantien zusammen bildeten den Eckstein der Sicherheit Belgiens. Spaak wandte sich dann mit aller Entschiedenheit gegen die Auffassung eines radikalen Marxisten, indem er die Frage, ob Belgien den Franzosen den Durchmarsch gestatten würde, wenn sie der Tschechoslowakei „zu Hilfe“ eilen würden, mit einem glatten Nein beantwortete.

Belgien habe mit dem französisch-tschechoslowakischen Vertrag nicht das geringste zu tun, und der Durchmarsch Frankreichs durch Belgien würde in ausdrücklichem Widerspruch stehen zu den feierlichen Erklärungen Belgiens zur Durchmarschfrage.

Die Forderung eines kommunistischen Redners nach einem Beistandspakt zwischen Frankreich, Sowjetrußland, der Tschechoslowakei und Belgien bezeichnete Spaak als absurd. Ein solcher Pakt wäre das Gefährlichste für Belgien. Forderungen der katholischen Partei, einen Vertreter nach Burgos zu senden, lehnte Spaak ab.

Katalonien sucht Anschluß an Frankreich?

Das führende italienische Regierungsblatt bringt eine aus Brüssel datierte Meldung, nach welcher die marxistische Regierung von Barcelona den Plan haben soll, Katalonien an Frankreich anzuschließen. Das genannte Blatt bemerkt in einem kurzen Kommentar hierzu, daß ein solcher Anschluß in offenem Widerspruch stehen würde zu den elementaren Grundrissen des europäischen Friedens und zu dem Grundgedanken des Gleichgewichts im Mittelmeer. An diesem Gleichgewicht sei aber Italien ebenso interessiert wie Frankreich und England.

Nähere Mitteilungen über die landesverräterischen Pläne der spanischen Bolschewisten macht der Direktor der Pariser Zeitung „Jour“. Am Ende seiner Kräfte habe Regain in der vergangenen Woche eine Reise nach Frankreich unternommen. Während er gleichzeitig die französischen Kommunisten um eine ausschließliche Hilfe angefleht habe, habe er der Regierung Blum-Paul-Boncour ein endgültiges Angebot unterbreitet. Im gleichen Augenblick, in dem die Bolschewisten Kataloniens die „Selbständigkeit“ ausgerufen haben würden, sollte diese Provinz unter französische Schutzherrschaft gestellt werden.

Schweternhilfe hinter Stachelndraht:

Das heroische Werk Elsa Brändströms.

Zu ihrem 50. Geburtstag am 26. März 1938!

Von Gerda Wachsmuth.

Kurz vor Ausbruch des Weltkrieges begegnete Selma Lagerlöf in Petersburg ihrer jungen Landsmännin Elsa Brändström, deren Vater vor nicht allzu langer Zeit die Schwedische Gesandtschaft in Rußland übernommen hatte. Die beiden Damen besuchten gemeinsam die Bajare und Kirchen der Stadt, man verplauderte manche Stunde, und in einer solchen Stunde der inneren Aufgeschlossenheit und Vertraulichkeit geschah es, daß die junge Elsa zu der Dichterin von ihrer Sehnsucht nach ernster Arbeit sprach, von ihrem Wunsch, etwas aus eigener Kraft zu werden. Mit ihrem Lehrerinnenexamen konnte sie in Rußland nichts anfangen, die gesellschaftlichen Verpflichtungen, die des Vaters Stellung ihr auferlegten, vermochten sie nicht zu befriedigen, und es schien, als ob die glänzenden Verhältnisse, in denen sie lebte, nichts anderes seien, als ein Hindernis auf dem Weg, den sie für ihre Zukunft ersehnte.

„Wir sind doch alle Germanen.“

Da brach der Krieg aus, und durch ihn vollzog sich die Wende in Elsas Leben. Das große heroische Völkergeschick bestimmte auch ihr eigenes Schicksal. Gleich anderen Frauen der Petersburger Gesellschaft nahm sie, wie auch ihre Freundin Ethel von Heidenstam, an einem Krankenpflegekursus teil, und in dem Nikolai-Hospital zu Petersburg gewann sie zum ersten Mal einen tieferen Einblick in das traurige Los der deutschen Kriegsgefangenen. Sie mußte feststellen: es geht hier nicht allein um die körperliche Gesundheit, es geht auch — und das nicht zuletzt! — um die Aufrechterhaltung der Menschenwürde, um das Ansehen und die Ehre der germanischen Völker. „Wir sind doch alle Germanen!“ rief sie stolz einem gefangenen deutschen Arzt zu, und im Bewußtsein dieser rassistischen, seelischen Zusammengehörigkeit begann sie den Kampf gegen eine sinnlose, verderbliche Brutalität, die da erbarmungslos alles physische und psychische Leben vernichten wollte.

Liebe zwischen den Waffen.

Elsa Brändström war sich von vornherein darüber klar, daß nur reichliche Hilfsmittel und eine straffe Organisation die geplante Arbeit an den sibirischen Gefangenen sichern konnten. Das Tätigkeitsfeld war zu groß, die Not zu gewaltig und drängend, als daß man sich auf die Zufälligkeit gelegentlicher Gaben hätte verlassen können. Ihrer Tatkraft gelang es, in den Augusttagen des Jahres 1915 das Schwedische Rote Kreuz für die Idee ihres Hilfswerks zu gewinnen: es fand sich zum Träger dieser Aktion bereit. Bald spannte das Netz der schwedischen Hilfsorganisation seine Fäden über das ganze europäische Rußland, über Sibirien und Turkestan, und als Amerika sich 1917 am Krieg beteiligte, ging die Gesamtvertretung der deutschen Interessenten auf Schweden über.

Aber — hatte man nicht genug Beispiele von der russischen Korruption? War es wirklich so sicher, daß die nach Sibirien gesandten Geldmittel und Sachwerte auch ihrer Bestimmung zugeführt wurden? Auf alle diese Fragen wußte Elsa Brändström nur eine Antwort: sie ging selbst nach Sibirien und leitete dort die organisatorische und pflegerische Arbeit in die Wege. Welcher Erfolg hier ihren Leistungen zuteil wurde, besagt ein Brief, den sie aus dem Gefangenenlager von Stretenisk nach Deutschland schrieb: „In Stretenisk veranschafften wir 30 000 Rubel. Wir richteten ein vollständiges Krankenhaus mit 550 Betten ein, dafür Strohmattagen, Kissen, Decken, Laken, Geschälte, Instrumente, kauften vier Pferde, welche nur den Gefangenen gehören, Wasserbehälter, Schlitten und Geschirre.“ Und diese nüchternen Zahlen, die von einem kraftvollen, unge-

brochenen Willen und einem großen Herzen künden, sprechen zugleich von unsäglichen Mühen und Entbehrungen derjenigen, die alles dieses bewirkt hat, sprechen von durchwachten Nächten in den Typhusbaracken, sprechen von Kälte und innerer Not.

Gefangene gründen Banken.

Die bolschewistische Revolution konnte Elsa Brändström nicht schrecken. Sie sah in dieser neuen und furchtbaren Wendung des Schicksals eine neue Aufgabe, eine Pflicht, der sie nicht entkommen konnte, ohne sich selbst aufzugeben. Nach einem kurzen Aufenthalt in Moskau kehrte sie im August 1918 nach Sibirien zurück. Eine Abteilung tschechischer Soldaten verhaftete die gesamte Rotkreuz-Kommission unter Spionageverdacht, schließlich aber mußte die Unternehmung eingestellt werden. Und nun begann für die tapfere Frau eine Zeit, reich an Not, Entbehrungen, aber auch an seelischer Kraft so reich, daß sie alles bisher Er-littene und Geleistete übertraf. Abgeschnitten von aller Welt, war Sibirien ganz auf sich angewiesen. Die Kriegsgefangenen hungerten; seelisch erschöpft, wurden sie entweder todsüchtig oder verfielen in eine schwere Melancholie. Die Rückkehr zum tätigen Leben, regelmäßige Arbeit war das einzige Hilfsmittel, das diese beklagenswerten Menschen retten konnte — war aber auch das einzige, das ihrem materiellen Leben einen sicheren Grund zu geben vermochte. In dieser Hinsicht begann sich der Mangel an Industrie-Produkten nützlich auszuwirken. Elsa Brändström sorgte dafür, daß sich bald in allen Gefangenenlagern Gruppen zur Herstellung aller nur denkbaren Gebrauchsgegenstände zusammenschloßen. Aus Abfällen wurden Werkzeugzeuge mit den einfachsten Mitteln angefertigt. Verkaufsgenossenschaften mit eigenen Banbetrieben wurden gegründet, ja, es wurde sogar eigenes Papiergeld herausgegeben.

„Hier spricht der Engel von Sibirien!“

Im Sommer 1920 wurde die Heimkehr der Gefangenen in die Wege geleitet. Wie würde ihre Zukunft sich gestalten? Wie würden besonders die Deutschen sich in den veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen ihres Landes zurechtfinden? Würden sie die Kraft besitzen, ihren früheren Beruf wieder aufzunehmen? Was sollte aus den durch den Krieg verwaisten oder körperlich heruntergekommenen Kindern werden? Elsa Brändström begann, von solchen Überlegungen gequält, umfassende Hilfspläne zu entwerfen. 1922 stiftete sie das „Arbeiterfanatorium für ehemalige Kriegsgefangene Deutsche“, und 1923 unternahm sie eine Vortragsreise nach Amerika, um sich so die Mittel für die Gründung eines Kinderheims in Neuforge bei Altmittweida zu beschaffen. Monatlang fuhr sie durch die Vereinigten Staaten. An Zäunen und Mauern, an den Türen der Kirchen und öffentlichen Gebäude verkindeten Anschlagzettel ihren Namen: „Hier spricht der Engel von Sibirien!“ Der finanzielle und moralische Erfolg war groß: der Bestand des Kinderheims Neuforge war gesichert.

Es ist viel über Elsa Brändström geschrieben, und viele Ehrungen sind ihr verliehen worden. Deutschland stiftete ihr 1920 eine Silberplakette, und die Universität Tübingen verlieh ihr den Ehrendoktor, ihr, die „dem Gebot des Herzens folgend, mutig für die Bedrängten eintrat und den Schwachen half. Die das Recht der Menschlichkeit verteidigte gegen Gewalt, die Brücken schlug von Volk zu Volk und von Mensch zu Mensch, stärker als das Recht sie zu schaffen vermag.“

Ternel — „Martyrerstadt“.

Durch einen Kabinettsbeschuß der Franco-Regierung in Burgos ist der oft heiß umkämpft gewesenen Stadt Ternel die Bezeichnung „Martyrerstadt“ zugesprochen worden. Die Stadt Velchite wurde mit einer Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Rundschau des Staatsbürgers.

Gesetzentwürfe gegen die Einflüsse fremder Agenturen.

Im Warschauer Sejm sollen in den nächsten Tagen drei Gesetzentwürfe eingebracht werden, die, wie die polnische Presse versichert, eine große Bedeutung in der weiteren Aktion der Bereinerung des polnischen politischen Lebens von den Einflüssen fremder Agenturen haben werden, und zwar:

1. Ein Gesetzentwurf gegen die Freimaurerlogen, der wegen Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge oder wegen der Zusammenarbeit mit ihr bis zu zehn Jahren Gefängnis und Beschlagnahme des Vermögens vorsieht.
2. Der Entwurf eines Gesetzes, durch das die bisherigen Repressivmaßnahmen wegen kommunistischer Tätigkeit verschärft werden sollen.
3. Ein Gesetzentwurf über Namensänderungen, durch welchen es den Juden unmöglich gemacht werden soll, polnische Namen anzunehmen.
4. Eine Verschärfung der Bestimmungen über die Registrierung von ausländischen Diplomaten. Dadurch soll es den Juden, welche die Hochschulen im Ausland absolvieren, unmöglich gemacht werden, die freien Berufe in Polen weiterhin zu überschwemmen.

Um das Ausbürgerungs-gesetz.

Der Rechtsausschuß des Sejm beriet am Dienstag das Regierungsvorhaben über den Verlust der Staatsbürgerschaft. Die Gesetzesvorlage, die wir bereits im Wortlaut mitgeteilt haben, sieht bekanntlich vor, daß Personen, die mindestens fünf Jahre außerhalb der Grenzen des polnischen Staates gewohnt haben und sich in dieser Zeit zum Schaden des polnischen Staates betätigt oder die Verbindung mit Polen verloren haben, der Staatsangehörigkeit verlustig gehen. Dieser Verlust erstreckt sich auch auf Frauen und auf Kinder im Alter bis zu 18 Jahren. Die der Staatsangehörigkeit verlustig Gegangenen können nur mit Genehmigung des Innenministeriums zeitweise nach Polen kommen.

Man kann annehmen, daß dieses Gesetz für die Juden in Litauen, die im Besitz der polnischen Staatsangehörigkeit sind und jetzt massenhaft nach Polen zurückkehren wollen, seine Aus-

wirkungen haben wird. Außerdem dürfte es auf polnische Auswanderer in Frankreich, unter denen bekanntlich eine starke kommunistische Propaganda tätig ist, zur Anwendung gelangen.

Der Rechtsausschuß nahm eine Milderung an dem Projekt vor. Vor allem soll das Gesetz ausschließlich Staatsbürger, die in Ausland weilen, betreffen und nicht auf solche angewandt werden können, die nach Rückkehr aus dem Ausland sich wieder in Polen aufhalten. Der Bescheid über den Entzug der Staatsbürgerschaft wird nach der Fassung des Ausschusses vom Innenminister auf Antrag des Außenministers gefaßt werden und außerdem einem Verfahren beim Obersten Verwaltungsgericht unterliegen. Frauen und Kinder bis zu 18 Jahren sollen nur dann die Staatsangehörigkeit zugleich mit dem Familienoberhaupt verlieren, wenn sie sich ebenfalls außerhalb der Landesgrenzen aufhalten.

Von einem Abgeordneten wurde die Frage aufgeworfen, ob das Gesetz gleichfalls auf die Dreier Emigranten angewandt werden soll. Staatssekretär Szembel erklärte im Namen der Regierung, daß nicht die Absicht bestehe, die Vorschriften des Gesetzes gegenüber den Dreier Emigranten in Anwendung zu bringen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein. Anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnements-quittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

„Dorfschwalbe.“ 1. Gegen das Urteil des Sad Grodzki ließ sich nichts unternehmen, und es wäre auch zwecklos gewesen, wenn Sie das Wertverhältnis zwischen Dollar und Zloty, wie es zwischen den Parteien vereinbart war, hätten ändern wollen. Denn je geringer der Zlotybetrag war, der für einen Dollar zu bezahlen war, desto günstiger für Sie. Der gerichtliche Vergleich vom 7. April 1933 war für Sie sehr günstig, denn der Zloty war im Jahre 1927 auf fast die Hälfte seines Wertes vom Jahre 1925 herabgesunken worden, und der Dollar stand auf seiner alten Höhe. Dieser Vorteil ist Ihnen aber später dadurch entgangen, daß der Dollar fiel. Bei einem Kurs von 5,15 für den Dollar erhalten Sie Ihren Kapitalbetrag von 10 000 Zloty, der aber natürlich nur etwas mehr als die Hälfte dessen wert ist, was Ihre 10 000 Zloty vom Jahre 1925 wert waren. Aber diesen Verlust hätten Sie auch gehabt, wenn Sie die Hypothek nicht in Dollar hätten umschreiben lassen, da die Hypothekung des Zloty im November 1927 hatten nur in Goldzloty eingetragene Forderungen auf eine Rückzahlung in der Weise Anspruch, daß für jeden alten Zloty 1,72 des neuen Zloty zu zahlen war. 2. Uns scheint es praktisch und zweckmäßiger, wenn Sie die Rückzahlung des Kapitals erst nach dem 31. Dezember 1939 verlangen. 3. Die fragliche Landwirtschaft gehört, da sie in Pommern liegt, zur Gruppe B. Diese Gruppe gewährt dem Schuldner gewisse Vorteile, die aber in Ihrem Fall keine praktische Bedeutung haben. 4. Ein Erbvertrag ist ein Vertrag zwischen zwei oder mehr Personen oder Parteien, der entweder eine oder auch beide Seiten in irgend einer Weise bindet. Um was es sich in dem Spezialfall handelt, wissen wir selbstverständlich nicht. Wenn die Akten der Gemeinde keine Auskunft geben, wird wohl die Hoffnung, die Sache aufzuklären, vergebens sein.

